

Am 23. März vor 70 Jahren verabschiedete der Reichstag das Ermächtigungsgesetz, mit dem Kanzler Adolf Hitler das Parlament ausschaltete – es war das Ende der Weimarer Republik. Abgestimmt wurde in der Berliner Kroll-Oper, da das Reichstagsgebäude vier Wochen zuvor ausgebrannt war. Vor dem Opernhaus patrouillierten bewaffnete SA- und SS-Männer. Weil es sich um eine Verfassungsänderung handelte, benötigte Hitler die Anwesenheit von zwei Dritteln der 647 Abgeordneten, von denen wiederum zwei Drittel mit Ja votieren mussten. Um dieses Resultat zu erreichen, brach der Kanzler zweimal die Verfassung: Die 81 Mandate der Kommunisten wurden einfach nicht berücksichtigt, und wer die Abstimmung boykottieren wollte und unentschuldig fehlte, galt dennoch als anwesend. Am Ende sprachen sich 444 Abgeordnete für das Paragrafenwerk aus – unter ihnen die Vertreter der bürgerlichen Parteien. Als Einzige wehrten sich die Sozialdemokraten mit Otto Wels an der Spitze mutig gegen die Selbstentmachtung des Parlaments.

*Hitlergruß im Reichstag**



SPIEGEL-GESPRÄCH

„Weimar fehlte die Zeit“

Der Historiker Heinrich August Winkler über die Geburtsfehler der Weimarer Republik, die Hypothek des Versailler Vertrags, die Angst der Deutschen vor einem Bürgerkrieg und die Rolle der Kamarilla um Reichspräsident Paul von Hindenburg beim Aufstieg Adolf Hitlers

Winkler, 64, Professor an der Berliner Humboldt-Universität, ist Weimar-Experte und Autor des Standardwerks „Der lange Weg nach Westen“.

SPIEGEL: Herr Professor Winkler, mit dem Ermächtigungsgesetz vor 70 Jahren war das Schicksal der Weimarer Republik endgültig besiegelt. Verloren die Deutschen eine Demokratie, die sie ohnehin nicht wollten?

Winkler: Für den überwiegenden Teil der Deutschen stimmt das. Auch wenn Hitlers Partei bei den letzten halbwegs freien Wahlen am 5. März 1933 nicht einmal die Hälfte der Stimmen bekam.

SPIEGEL: Also doch keine Mehrheit für den Anführer der Nazis?

Winkler: Es gab damals zwei Möglichkeiten, für die Regierung Hitler zu stimmen. Man konnte die Nationalsozialisten direkt wählen; das taten 43,9 Prozent. Oder man konnte für die so genannte Kampffront Schwarz-Weiß-Rot um den deutschnationalen Parteiführer Alfred Hugenberg votieren, Hitlers Koalitionspartner. Diese Kampffront erhielt 8 Prozent und damit so viel, wie die Regierung Hitler

für die absolute Mehrheit brauchte. Deshalb ist die Behauptung, dass Hitler nie die Mehrheit der Deutschen hinter sich hatte, ein frommer Selbstbetrug, den vor allem Konservative nach 1945 immer wieder gepflegt haben.

SPIEGEL: Die am 9. November 1918 ausgerufenen Republik war mit schweren Vorbelastungen behaftet. Zwar ging Kaiser Wilhelm II. ins Exil, aber die regierenden Sozialdemokraten scheuten davor zurück, die alte Ordnung zu zerschlagen. Ein Fehler?

Winkler: Ein radikaler Umsturz, wie ihn die Spartakisten um Karl Liebknecht forderten, kam jedenfalls nicht in Frage. Deutschland kannte bereits ab 1871 das allgemeine gleiche Reichstagswahlrecht für Män-

ner und damit ein Stück Demokratie. Es konnte deshalb nur um mehr Demokratie gehen, etwa um das Frauenwahlrecht. Jeder Versuch, die Diktatur des Proletariats zu errichten, hätte Bürgerkrieg bedeutet und sofort die Alliierten auf den Plan gerufen.

SPIEGEL: Das erklärt nicht, warum die regierenden Sozialdemokraten sogar darauf verzichteten, den Beamtenapparat und die Reichswehr zu demokratisieren.

Winkler: Es wäre tatsächlich mehr an vorbeugenden Reformen zur Sicherung der Demokratie möglich gewesen, als die sozialdemokratischen Volksbeauftragten – so hießen die Mitglieder der Revolutionsregierung – zwischen November 1918 und der ersten Sitzung der Verfassungsgebenden Nationalversammlung im Februar 1919 in Angriff nahmen. Dies lag auch daran, dass die SPD sich als demokratische Partei fühlte, die nicht über die Köpfe der Mehrheit hinweg vollendete Tatsachen schaffen wollte. Sie fürchtete, die Idee des Sozialismus durch undemokratische Mittel zu beschädigen.

SPIEGEL: Zu den Bürden der Weimarer Republik zählte der Frieden von Versailles 1919. Deutschland musste ein Siebtel seines Gebiets abtreten und verlor ein Zehntel seiner Bevölkerung. Sie haben Verständnis für die Siegermächte gezeigt. Warum?

Winkler: Die Alliierten hatten der Stimmung in ihren Ländern Rechnung zu tragen, die Entschädigung für die Zerstörung



Zeitgeschichtler Winkler*: „Tiefer politischer Graben“

* Oben: am Tag nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes; unten: vor dem Reichstagsgebäude in Berlin. Das Gespräch führten die Redakteure Karen Andresen und Klaus Wiegrefe.

gen und Entbehrungen der Kriegszeit erwarteten. Und immerhin wurde die Existenz des Reichs nicht angetastet. Dies erscheint im Nachhinein fast als ein Wunder.

SPIEGEL: Aber die Reparationsforderungen waren unbestreitbar maßlos.

Winkler: Die Reparationen wurden in der Tat zu einem Dauerproblem. Dennoch: Bei einer guten Konjunkturlage wären die Raten zu bewältigen gewesen.

SPIEGEL: Winston Churchill, von 1924 bis 1929 britischer Schatzkanzler, hat anders geurteilt: Die Bedingungen von Versailles seien „bösaartig und dumm“, fand er.

Winkler: Churchill war nicht der einzige Kritiker. Aber die Mehrheiten dachten nun einmal anders. Zugleich fühlten sich die Deutschen als Opfer und waren nicht bereit anzuerkennen, dass das Kaiserreich eine Schlüsselrolle bei der Auslösung des Ersten Weltkriegs gespielt hatte. Dabei lagen die einschlägigen deutschen Dokumente seit dem März 1919 vor. Der vorläufige Reichspräsident, der Sozialdemokrat Friedrich Ebert, drängte auf deren Veröffentlichung, setzte sich aber im Kabinett nicht durch.

SPIEGEL: Hätten die Deutschen den Vertrag ablehnen können?

Winkler: Nein. Das hätte zur Besetzung des Landes durch die Alliierten geführt, und es gab kaum jemanden in Deutschland, der diesen Preis ernsthaft zu zahlen bereit war.

SPIEGEL: In den Köpfen der Menschen war der Erste Weltkrieg noch lange nicht zu Ende. Ist das einer der Gründe dafür, dass in der Weimarer Republik Tausende Opfer politischer Gewalt wurden?

Winkler: In der Tat gab es bei der Rechten den verbreiteten Wunsch, das Kriegserlebnis fortzusetzen. Das war die Mentalität der Freikorps, wie die paramilitärischen Verbände hießen. Es gab diese Mentalität, auch bei Jüngeren, die nicht mehr am Krieg teilgenommen hatten, aber in den Frontkämpfern ihre großen Vorbilder sahen. Gewalt propagierten aber auch die Kommunisten ...

SPIEGEL: ... weshalb die nachgewachsene Generation KPD und NSDAP zulief, während die Eltern oft sozialdemokratisch, liberal oder konservativ wählten.

Winkler: Der Generationenkonflikt war, ähnlich wie der Konfessions- und der Klassenkonflikt, in Deutschland schärfer ausgeprägt als in den westlichen Demokratien. Die Auflehnung gegen die Eltern förderte den Hang zum Unbedingten.

SPIEGEL: Mit der Vorliebe für radikale Lösungen?



Sozialdemokrat Ebert, Kriegsheimkehrer*: „Hang zum Unbedingten“

Winkler: Ja, mangelnde Vertrautheit mit der Notwendigkeit von Kompromissen, an die sich alte parlamentarische Demokratien längst gewöhnt hatten. In Deutschland gab es diese Tradition nicht, weil das Land bis zum Ende des Ersten Weltkriegs keine parlamentarische Demokratie gewesen war.

SPIEGEL: War also die Republik von Beginn an zum Scheitern verurteilt?

Winkler: Nein, ohne die Weltwirtschaftskrise wäre Weimar möglicherweise zu einer relativ normalen Demokratie geworden. Weimar fehlte die Ressource Zeit.

SPIEGEL: Ab wann führte der Weg in den Abgrund?

Winkler: 1930 zerbrach die Große Koalition, weil sich SPD und die bürgerlichen Partei-

en nicht über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung einigen konnten. Heinrich Brüning vom Zentrum wurde Kanzler. Die Weimarer Verfassung gab dem Reichspräsidenten im Krisenfall mit dem Notverordnungsartikel 48 die Möglichkeit, am Parlament vorbei zu regieren. Und das geschah jetzt: Im Ergebnis hatte der Reichstag seit 1930 weniger zu sagen als im Kaiserreich. Für Hitler eine große Chance.

SPIEGEL: Inwiefern?

Winkler: Hitler konnte an das verbreitete Ressentiment gegenüber der inzwischen in der Tat gescheiterten parlamenta-

rischen Demokratie appellieren und gleichzeitig den seit 1871 im Wahlrecht zumindest für Männer verbrieften Anspruch auf politische Teilhabe des Volks einfordern. So profitierte er auch von der Unzufriedenheit mit einer Präsidialregierung, die auf den Volkswillen keinerlei Rücksicht mehr zu nehmen schien.

SPIEGEL: Das allein konnte Hitler doch nicht einen solchen Zulauf bescheren?

Winkler: Dazu kamen extrem nationalistische Parolen. Mit ihnen schaffte es die NSDAP, große Teile des Mittelstands, also selbständige Handwerker oder Bauern ebenso wie Angestellte und Beamte, hinter sich zu bringen. Auch viele Arbeiter stimmten für Hitler.

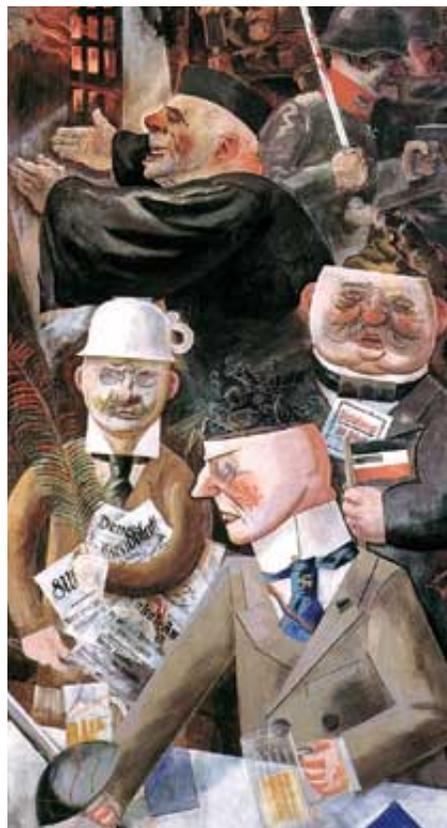
SPIEGEL: Und welche Rolle spielte der Judenhass?

Winkler: Die überzeugten Antisemiten hatte Hitler, als er den Durchbruch bei den Reichstagswahlen 1930 schaffte, weitestgehend hinter sich. Um über die Mittelschichten hinaus Arbeiter zu gewinnen, bedurfte es anderer Parolen. Denn in der Arbeiterschaft war der Antisemitismus weniger ausgeprägt. Da waren die Anti-Reparations-, Anti-Versailles- und Anti-Weimar-Parolen erfolgversprechender.

SPIEGEL: Die Präsidialregierung Brüning verfolgte einen rigiden Sparkurs und erhöhte die Steuern und Abgaben drastisch. Im Februar 1932 gab es über sechs Millionen Arbeitslose. Hatte Brüning zu seiner Deflationspolitik eine Alternative?

Winkler: Großzügige Arbeitsbeschaffungsprogramme hätten die bereits defizitären Haushalte belastet und wären nicht vereinbar gewesen mit der deutschen Forderung, dem Reich die Reparationen zu erlassen. Aber Ende 1931 signalisierten die Siegermächte Flexibilität in der Reparationsfrage. Brüning hätte mit ihnen einen Kompromiss suchen und gleichzeitig ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorlegen können. Doch er wollte den Westmächten demonstrieren, dass die Reparationen Deutschland zu Grunde richteten.

SPIEGEL: Welche Rolle spielte Reichspräsident Paul von Hindenburg?



Weimar-Karikatur von George Grosz* „Ressentiment gegenüber der Demokratie“

* Oben: am 10. Dezember 1918 vor dem Brandenburger Tor; unten: „Stützen der Gesellschaft“ (1926).

Winkler: Fest steht, dass er die Krise unheilvoll verschärfte, indem er Anfang Juni 1932 den Reichstag auflöste und Neuwahlen zum 31. Juli festsetzte. Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit verdoppelte Hitler dann seinen Stimmenanteil und bekam 37,4 Prozent. Wäre dagegen regulär im September 1934 gewählt worden, hätte das Ergebnis wahrscheinlich ganz anders ausgesehen. Da wäre die wirtschaftliche Lage, nach allem, was wir wissen, deutlich besser gewesen.

SPIEGEL: Immerhin schien sich noch alles zum Guten zu wenden. Bei einer erneuten Wahl im November 1932 verloren die Nazis zwei Millionen Stimmen.

Winkler: Aber die KPD gewann 600 000 Stimmen hinzu und kam auf die magische Zahl von 100 Reichstagsmandaten. Viele Deutsche fürchteten, dass die Kommunisten bei einer abermaligen Reichstagswahl die Sozialdemokraten überrunden könnten. Äußerungen der KPD ließen darauf schließen, dass sie dann mit einem revolutionären Flächenbrand rechnete, ja diesen herbeiführen wollte. Die Angst vor dem Bürgerkrieg wurde Hitlers mächtigster Verbündeter.



Straßenschlacht in Berlin*: „Der Republik den Kampf angesagt“

SPIEGEL: Das klingt paradox. Hitler wollte doch selbst den Umsturz.

Winkler: Die Nationalsozialisten hatten seit dem missglückten Hitler-Putsch 1923 eine ähnliche Konfrontation mit der Staatsgewalt vermieden und seit 1930 auf formale Legalität gesetzt. Die Kommunisten dagegen hatten nicht nur dem Staat, sondern auch der bestehenden Gesellschaftsordnung den Kampf angesagt. So richtete sich die Angst vor dem Bürgerkrieg gegen sie. Selbst linke Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer stellten die Gefahr des Bürgerkriegs so sehr in den Vordergrund, dass man sich fragen muss,

* Bei einer Demonstration des Roten Frontkämpferbunds im Juni 1927.

ob diese Angst nicht geradezu ein deutscher Konsens war.

SPIEGEL: Wie erklären Sie die Sehnsucht der Deutschen nach Stabilität?

Winkler: Letztlich wohl mit dem Langzeittrauma des Dreißigjährigen Kriegs 1618 bis 1648. Die Erinnerung an die schrecklichen Zerstörungen wirkte nach als Anti-Chaos-Reflex. So etwas sollte sich niemals wiederholen.

SPIEGEL: Und deshalb haben sich die Sozialdemokraten nicht mit der Waffe gewehrt?

Winkler: Auch. Das SPD-nahe Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold verfügte zudem kaum über Waffen. Auf der anderen Seite der Barrikade aber hätten die Reichswehr, Teile der Polizei und die Privatarmeen der Rechten – SA, SS und Stahlhelm – gestanden. Das Ergebnis konnte nur eine blutige Niederlage der tief gespaltenen Linken sein.

SPIEGEL: Im Osten Deutschlands wirkt die SED-These nach, eine geeinte Arbeiterbewegung hätte Hitler verhindern können.

Winkler: Das ist ein Mythos. Die SPD war die staatserhaltende Partei der Weimarer Republik schlechthin. Die KPD hingegen wollte die Schaffung von Sowjetdeutschland. Das war ein tiefer politischer Graben.

SPIEGEL: Aber die Sozialdemokraten haben vor 1930 immer mal wieder punktuell mit den Kommunisten kooperiert.

Winkler: Voraussetzung für gemeinsamen Widerstand wäre gewesen, dass die Kommunistische Internationale ihre Anhänger aufgefordert hätte, alles zu tun, um Hitlers Machtübernahme zu verhindern. Aber Stalin hatte die Parole ausgegeben, den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie als angebliche soziale Hauptstütze der Bourgeoisie zu richten.

SPIEGEL: Und dennoch gab es für Weimar bis zum Schluss eine Chance, weil Präsident von Hindenburg sich weigerte, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.

Winkler: Er hat 1932 zweimal geradezu brüsk in aller Öffentlichkeit zu Protokoll gegeben, dass ein Reichskanzler Adolf Hitler die Errichtung einer Parteidiktatur bedeute, die allen anders Denkenden gegenüber intolerant und feindlich eingestellt sei.

SPIEGEL: Warum ernannte der 85-jährige Hindenburg am 30. Januar 1933 Hitler dann doch zum Kanzler?

Winkler: Die so genannte Kamarilla – das waren ostelbische Rittergutsbesitzer und Konservative um den früheren Reichskanzler Franz von Papen, Hindenburgs



ROHNERT / KEVSTONE (L.), BUNDESARCHIV KOBLENZ (R.)

Reichskanzler Hitler, Präsident Hindenburg*: „Schein der Legalität“

Sohn Oskar und Staatssekretär Otto Meißner – bedrängte ihn schließlich erfolgreich. Sie sah in einer konservativ eingerahmten Kanzlerschaft Hitlers die ungefährlichste Krisenlösung.

SPIEGEL: Hatte Hitler bei seinem Antritt einen Masterplan zur Errichtung der Diktatur?

Winkler: Er wollte von Anfang an ein Ermächtigungsgesetz, um ohne den Reichstag regieren zu können. Um die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit zu bekommen, setzte er auf Neuwahlen, die ja auch am 5. März 1933 stattfanden.

SPIEGEL: Aber die Regierung Hitler erreichte nicht die erforderliche Mehrheit,

sondern benötigte die Unterstützung der bürgerlichen Parteien, die am 23. März dem Ermächtigungsgesetz dann auch zustimmten. Hatten sie Angst vor Verfolgung, oder täuschten sie sich in Hitler?

Winkler: Beides kam zusammen. Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz war das Ergebnis von Erpressung und Selbsttäuschung. Das Zentrum hoffte, dass das Verhältnis zwischen Staat und Kirche im Kern unangetastet blieb. Auch den weni-

gen verbliebenen Liberalen fehlte es an Kampfesmut. Die Sozialdemokraten hingegen stimmten mit Nein und haben so nicht nur ihre eigene Ehre, sondern auch die der ersten deutschen Demokratie gerettet.

SPIEGEL: Was wäre geschehen, wenn sich die bürgerlichen Parlamentarier ebenso mutig verweigert hätten?

Winkler: Man kann sicher sein, dass Hitler sich dann mit offen revolutionären Mitteln an der Macht behauptet hätte. Das Ermächtigungsgesetz verschaffte seiner Herrschaft den Schein der Legalität und sicherte ihm so die Loyalität insbesondere der Beamten und der Reichswehr. Darin lag für ihn der politische Mehrwert dieses Gesetzes.

SPIEGEL: Herr Professor Winkler, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* In Potsdam am 21. März 1933.